

Beschluss des Landrats vom 27.08.2026

Nr. 1917

30. Gestaltungsspielraum und Kostenfolgen der kantonalen Musikschulvorgaben für die Gemeinden

2026/3184; Protokoll: ps

Marc Scherrer (Die Mitte) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

Marc Scherrer (Die Mitte) nimmt vorweg, dass er nicht gegen die Musikschulen sei, diese seien ein Teil des Bildungsgesetzes und müssten den Schülerinnen und Schülern ermöglicht werden. Der Hintergrund der Interpellation ist finanzieller Natur. Er hat immer wieder von Gemeinden gehört, dass die Kosten für die Musikschulen sehr hoch sind und weiter ansteigen. Gemäss den rechtlichen Grundlagen müssen 15 Musikinstrumente angeboten werden. Gemäss Antwort des Regierungsrats entstehen keine Kosten, wenn ein Instrument von einer Gemeinde respektive von einem Schüler nicht genutzt wird. Bei dieser Aussage handelt es sich nur um die halbe Wahrheit. Es gibt interkommunale Musikschulen, an denen mehrere Gemeinden angeschlossen sind. Wird ein Instrument von einem Schüler aus einer anderen Gemeinde gewählt, hat dies zur Folge, dass die Fixkosten steigen, weil das Instrument trotzdem angeschafft und unterhalten werden muss. Es braucht eine Person, die den Musikunterricht geben kann. Der Redner spricht hier im Namen der Gemeinden – nicht aller – und möchte darauf hinweisen, dass deren finanzielle Gestaltungsrahmen immer enger wird. Der Redner regt an, einmal über die Bücher zu gehen, ob es wirklich so viele Instrumente braucht oder ob eine Konzentration zielführender wäre. In der Interpellationsantwort stand auch, dass ein Austausch mit den Gemeinden stattfindet. Was geschieht konkret? Der Redner weiss aus Erfahrung – so mit dem APG –, dass dieser Prozess lange dauern kann. Wird die Diskussion erst in sechs oder sieben Jahren aufgenommen, ist der Sache nicht unbedingt gedient. Was ist der Stand und wie sieht der Prozess aus?

Jan Kirchmayr (SP) führt aus, musikalische Bildung sei wichtig und fördere das vernetzte Denken. Sie kommt im Baselbiet zu kurz. In der Antwort auf die Interpellation von Ernst Schürch war zu lesen, dass auf Primarstufe unqualifizierte Lehrkräfte Musik unterrichten. Der Redner findet den Musikinstrumentenkanon eher klein. Die SP-Fraktion möchte an den Musikschulen keinen Einheitsbrei und dass nur noch zwischen drei oder vier Musikinstrumenten gewählt werden kann. Eine Anpassung der Finanzierung kann diskutiert werden. Jedoch darf keine Mehrbelastung der Eltern erfolgen. Musikschulunterricht kostet eine Stange Geld, was sich vor allem reichere Leute leisten können. Die Kosten für die Musikschulen sind vor allem in reicheren Gemeinden am höchsten. Der Kostenteiler zwischen Kanton und Gemeinden kann angeschaut werden.

Regierungsrat **Markus Eigenmann** (FDP) führt aus, das Thema werde im Projekt «Gemeindeschulen+» angegangen, das BKSD und VBLG gemeinsam initiieren. Es handelt sich folglich nicht um leere Worte. Gemeindeschulen umfassen nicht nur Kindergarten und Primarschule, sondern auch die Musikschulen. Es kann sein, dass der Ablauf sequenziell sein wird. Dazu kann der Redner noch nichts sagen, aber auch die Musikschulen sind ein Thema. Es soll eruiert werden, wo die Gemeinden heute bereits Spielraum haben und wo ihnen allenfalls mehr Spielraum gewährt werden könnte. Weil die Frage bereits jetzt im Landrat aufgeworfen wird, wird sie sicher auch behandelt werden. Dem Redner ist aufgefallen, dass es sehr grosse Unterschiede zwischen den Gemeinden gibt, wenn man den Nettoaufwand der Musikschulen durch die Anzahl Einwohner teilt.

Dies kann primär zwei Ursachen haben. Erstens das Subventionierungsreglement der Musikschule: Es müssen Mindestanforderungen erfüllt werden, jedoch können die Schulen auch weitergehen und ein grosszügiges Reglement haben. Zweitens spielt die Nachfrage nach dem Musikunterricht eine Rolle. Diesbezüglich gibt es sehr grosse Unterschiede zwischen den Gemeinden. Das erklärt vielleicht die grosse Spannbreite, die auch den Redner überrascht hat.

://: Die Interpellation ist erledigt.
